Deutscher Pfarrertag in Frankfurt a. M.

K. **Berlin**, 13. Sept. (Privattel.) Wie verschiedene Berliner Zeitungen aus Frankfurt a. M. melden, ist in der Aula der dortigen Johann Wolfgang Goethe-Universität der diesjährige deutsche evangelische Pfarrertag feierlich eröffnet worden. Es ist das der erste große Pfarrertag nach dem 30. Januar 1933. Bekanntlich hielt früher der Verband deutscher Pfarrervereine, der 35 Vereine mit etwa 15—16,000 Mitglieder umfaßt, alljährlich seinen deutschen Pfarrertag ab. Aus den Reden, die in Frankfurt gehalten wurden, ist zu erkennen, daß die in Frankfurt versammelte Pfarrerschaft sich in ihrer großen Majorität hinter die Reichsregierung stellt. So betonte in seiner Begrüßungsansprache der Pfarrer Nell, der gewaltige Umbruch der Zeit habe auch auf das kirchliche Leben übergegriffen. Die Kirche dürfe jedoch keinen Streit um Formen haben. Und beim Eintritt in die Tagesordnung überbrachte Ministerialdirektor Jäger, der Rechtswalter der deutschen evangelischen Kirche, die Segenswünsche der Reichsregierung. In seiner Rede führte er dann aus, das Entscheidende auf dem Wege zur Reichskirche sei die Eingliederung der Landeskirchen in die Reichskirche gewesen. Es könne durchaus sein, daß eine einheitliche Reichskirche einen freien, völlig unantastbaren Bekenntnisraum umschließe. Jäger verteidigte dann die Reichskirche gegen die seitens der Opposition erhobenen Vorwürfe der Ungesetzmäßigkeit der Nationalsynode. Er erklärte, daß die Absicht bestehe, den durch die Reichsgesetzgebung der Beamten vorgeschriebenen Staatseid auch den kirchlichen Beamten abzunehmen. Als Vertreter der Bekenntnisgemeinschaft sprach dann der Berliner Missionsdirektor Dr. Kan, der ausführte, daß im Gegensatz zu der Anschauung Lessings Bibel und Bekenntnis niemals voneinander getrennt gewesen seien. Die Kirche sei Trägerin des Wortes von Christus und Gemeinschaft von besonderer Eigenart. Die Gegenwart veranlasse eine neue Besinnung auf Bibel und Bekenntnis, einmal weil der neue Staat von der Kirche eine Stellungnahme ihm gegenüber verlange, dann auch, weil eine religiöse Bewegung im Gange sei, die das deutsche Volk vom Christentum wegführen wolle. Diese Bewegung könne nur zu verstehen sein als ein Teil der religiösen Krankheiten des gesamten Zeitalters des Säkularismus. Die Aufgabe der Kirche könne nur über die Bekenntniskirche zur Volkskirche führen. Oberkirchenrat Langmann setzte diesem Vorredner gegenüber den Standpunkt der Deutschen Christen auseinander, wonach die Pfarrer sich darüber klar sein müßten, daß sie in der deutschen evangelischen Kirche Christus zu verkünden hätten. Bei allen Kämpfen dürfe nicht vergessen werden, daß die feindlichen Brüder doch Brüder seien. Bibel und Bekenntnis seien auch für die Deutschen Christen maßgebend. Die Bibel aber sei Menschenwerk und Menschenwort. Im Dritten Reich, fuhr er fort, habe die Kirche mit etwas Konkretem ihren Dienst zu tun. Sie sei in die gegebenen Ordnungen hineingestellt, und der Totalitätsanspruch des Staates verlange, daß der Pfarrer sein Amt richtig verwalte.

Nur wenn Reichsbischof Müller zurücktritt...

Berlin, 12. Sept. (United Preß.) Der Bischofsitz der evangelischen Kirche von Berlin wird nach Abgang des Bischofs Karow immer noch kommissarisch durch Probst Eckert verwaltet. Die Reichskirchenregierung hat das Amt vor kurzem dem früheren Generalsuperintendenten Eger aus Magdeburg angeboten, der vorher Pfarrer in Dahlen und Vorgänger Niemöllers war. Eger hat das Amt abgelehnt. Er werde annehmen wenn Reichsbischof Müller vorher zurücktrete.

Stellvertreter für den Reichsbischof.

Ag. (D. N. B.) Am Mittwoch wurde Pastor Dr. Engelke in das Amt des Vikars der deutschen evangelischen Kirche berufen. Der Auftrag dieses Amtes liegt in der Stellvertretung und der besonderen Hilfeleistung des Reichsbischofs.

Die Zwangsmaßnahmen gegen die evangelische Kirche Württembergs.

Der Berliner Korrespondent der Londoner „Times" gibt seinem Blatt folgende Darstellung der neuesten kirchlichen Entwicklung in Württemberg:

„Ein offizieller Stuttgarter Bericht erklärt, Dr. Jäger, der Rechtswalter im Kirchenministerium des Reichsbischofs, habe eben Gelegenheit gehabt, den Stand der Dinge in der Verwaltung der Kirche von Württemberg zu untersuchen. Gewisse finanzielle Gesichtspunkte hätten seine Aufmerksamkeit erregt, und die vorläufige Untersuchung in bezug auf behauptete Transaktionen, die die Uebertragung von Fonds über die Grenzen der Landeskirche hinaus im Gefolge hatten, machten, wie es scheint, die Ernennung einer Kommission zur unbedingten Notwendigkeit. Herr Walzer von der Berliner Kirchenverwaltung, wurde zum Kommissar ernannt mit der Aufgabe, eine erschöpfende Untersuchung der administrativen Lage vorzunehmen und in die einschlägige Materie Klärung zu bringen. Daß diese geheimnisvollen Finanztransaktionen in dem Moment bekannt werden mußten, da nichts unterlassen wird, um die Kirchen von Württemberg und Bayerns gleichzuschalten, das ist eines dieser Zusammentreffen, die angesichts der Erfahrungen im Kirchenkonflikt seit dem Frühsommer des vergangenen Jahres nicht mehr als Ueberraschung wirken können.

Was man aus Württemberg erfährt, das zeigt in der Tat, daß da Dinge vor sich gingen, die man beinahe als eine regelrechte Strafexpedition in das Herz der württembergischen Landeskirche bezeichnen könnte, gefolgt von einem deutlichen Aufschluß über nationalsozialistische Pläne für eine deutsche Nationalkirche, die sich von jeder der hauptsächlichen christlichen Kirchen, wie man sie bis jetzt kannte, unterscheiden würde. Der Vorwand für Dr. Jägers Einfall in Stuttgart am Samstag war nicht unbegründet. Es waren von der Kirche Württembergs zwei Finanztransaktionen vorgenommen worden, die die Uebertragung von Fonds mit sich brachten. Die Summen wurden übertragen von einem Fonds für kirchliche Spezialzwecke, von dem die Leitung der Kirche von Württemberg behauptet, sie habe das völlige Verfügungsrecht darüber in dem Sinne, wie sie es für gut befunden habe. Die Uebertragungen waren offenbar wegen der Möglichkeit einer Besitzergreifung der Landeskirche durch die Reichskirchenverwaltung vorgenommen worden. Sie wurde übrigens kürzlich rückgängig gemacht, wie es scheint, damit sie nicht einen wenn auch noch so ungerechtfertigten Grund zu einer Klage liefern könnten. Es war aber zu spät; die Tatsache, daß sie überhaupt stattfanden, war für ein Eingreifen von Berlin aus ausreichend.

Dr. Jäger kam mit seinem Stab nach Stuttgart, und nach einer Unterredung mit Bischof Dr. Wurm entbot er alle Amtsträger in der lokalen Kirchenorganisation zu sich und hielt an sie eine Ansprache. Nachdem er die vorgenommenen Transaktionen erwähnt und die Ernennung eines Kommissars angekündigt hatte, setzte er auseinander, daß Bischof Wurm inskünftig nur das geistige Haupt der württembergischen Kirche sein werde. Er erklärte seine Absicht, die Verfassung zu handhaben auf Grund der Beschlüsse der „Nationalsynode" im August und des jüngst erlassenen Gesetzes, das praktisch die beiden süddeutschen Kirchen der Reichskirche einverleibt. Bischof Wurm müsse, so erklärte er, kraft dieses Gesetzes alle Weisungen des Reichsbischof Müller befolgen, und so befehle er ihm im Namen des Reichsbischofs, jeden Widerstand gegen das zentrale Regime und alle Erklärungen von der Kanzel einzustellen.

Den versammelten Inhabern von kirchlichen Aemtern wurde, wie es scheint, gesagt, daß sie ihrem Bischof nicht länger zu gehorchen hätten. Dr. Jäger soll darauf erklärt haben, daß der Bischof und die Beamten der Kirche sich jetzt dem Stand der Dinge unterordnen müßten, den der oberste Führer wünsche, mit welchem Ausdruck, wie man annimmt, Herr Hitler gemeint war. Schließlich fragte Dr. Jäger die versammelten kirchlichen Amtsinhaber, ob jemand immer noch die verfassungsmäßige Gültigkeit seiner Maßnahmen anfechte. Oberkirchenrat Pressel, der Führer des lokalen Pfarrernotbundes, und Oberkirchenrat Schauffler, die beiden Senioren unter den Würdenträgern und hauptsächlichen Ratgeber des Bischofs Wurm, erklärten sofort, daß sie die Gültigkeit dieser Maßnahmen nicht anerkennen könnten und ihren Widerstand fortführen würden. Sie wurden auf der Stelle ihrer Aemter enthoben."

[redacted]

schen dem bürgerlichen Liberalismus und der Revolution kein Raum für eine allein regierungsfähige Mittelpartei vorhanden ist. Eine bürgerliche Mehrheit ist jetzt, mitten in den Verheerungen der Wirtschafts- und Geisteskrise, nur mit der Formel der bürgerlichen Einigung denkbar. Und wenn die Radikalen ein anderes Experiment wagen sollten, so stände nicht nur das Schicksal des Kabinetts Doumergue, sondern auch das der Republik auf dem Spiel.

Ein Teil der Radikalen sieht das auch ein, und heute sind die Meinungen noch nichts weniger als geschlossen. Vor dem Kongreß von Nantes finden die kantonalen Wahlen für die Departementsparlamente statt. Das Volk hat da eine Gelegenheit, sich zur Frage der Fortdauer der nationalen Einigung unter Doumergue auszusprechen und den Entscheid des radikalen Parteikongresses zu beeinflussen. Und Herr Doumergue hat noch Gelegenheit zu einem wirkungsvollen Appell ans Land. Er will sie am 21. September durch den Rundfunk nützen. Alles kommt darauf an, daß es ihm gelingt, die erlahmten Hoffnungen wieder zu beleben.

Totschlägern Gebrauch machten. Nach Dunkelwerden griffen „fliegende Brigaden" in verschiedenen Stadtteilen die Polizeipatrouillen an. Die Stadt lag in völliger Finsternis, da die Streikenden sämtliche Laternen zerstört hatten; die ganze Beleuchtung erfolgte durch auf Kraftwagen montierte Scheinwerfer, die von der Nationalgarde gestellt wurden.

Unterzeichnung des baltischen Pakts.

Genf, 12. September. Ag. Der von Estland, Lett- [redacted] abgeschlossene Vertrag für gegen- [redacted] Mitt- [redacted]

[redacted]

schlaggebend. Nach den blutigen Ereignissen vom Februar und Juli dieses Jahres, wo eine revolutionäre Minderheit den Staat in seinen Grundfesten erschütterte, soll die neue Verfassung berufen sein, das Land einer besseren Zukunft entgegenzuführen. Die Regierung reicht auch ihren früheren politischen Gegnern die Bruderhand und ist bestrebt, mit allen Kreisen zusammenzuarbeiten, insbesondere mit den Arbeitern, die gewillt sind, sie bei der Erfüllung ihrer schweren Aufgabe zu unterstützen. Oesterreich ist anderseits bereit, mit allen Staaten in Verhandlungen einzutreten, die gewillt sind, mit ihm auf wirtschaftlichen und andern Gebieten zusammenzuarbeiten."

Bundeskanzler Schuschnigg erwähnte bei diesem Anlaß den auf die Initiative von Ministerpräsident Mussolini zwischen Oesterreich, Italien und Ungarn geschaffenen Freundschaftspakt.

„Oesterreich ist als guter, gewissenhafter Vertragspartner zu betrachten, der seinen Verpflichtungen nachkommt und seine Schulden bezahlt. Es ist infolge seiner geographischen Lage und infolge seiner politischen Situation für die Erhaltung und Festigung des europäischen Friedens von besonderer Wichtigkeit. Wenn es allen terroristischen Bestrebungen Widerstand leistet, die seine Integrität und Unabhängigkeit bedrohen, so arbeitet es nicht nur in eigenem Interesse, sondern auch im Interesse des europäischen Friedens."

Zum Schlusse seiner Ausführungen richtete Dr. Schuschnigg einen warmen Appell an alle Staaten, Oesterreich Vertrauen entgegenzubringen und ihm in seinem schweren Kampf für seine Unabhängigkeit beizustehen, um so mehr, als Oesterreich immer im Geiste der internationalen Solidarität des Völkerbundes und im Sinne des Weltfriedens arbeiten werde.

Die Rede Schuschniggs wurde mit begeistertem Beifall aufgenommen und machte auf alle Versammelten den nachhaltigsten Eindruck.

de Valera verlangt ordentliches Verfahren bei der Aufnahme Rußlands.

Als letzter Redner sprach in der Generaldebatte der Völkerbundsversammlung der irländische Ministerpräsident de Valera. In bezug auf den Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund erklärte er, daß wahrscheinlich die erforderliche Zweidrittelsmehrheit für die Aufnahme gesichert sei. Da bekanntlich einige Delegationen der Meinung seien, daß die Frage im einzelnen geprüft werden sollte, so sollte das ganze Traktandum an die Politische Kommission der Völkerbundsversammlung gewiesen werden. Dies sei der geeignete Ort, um die verschiedenen Seiten des Problems zu erörtern. Ein solches Verfahren ziehe er vertraulichen Verhandlungen in Hotelzimmern entschieden vor. Die Anwendung des normalen Verfahrens für die Aufnahme Rußlands sei zweifellos das geeignete Vorgehen. Irland

Eine englische Erklärung zum Völkerbundseintritt der Sowjetunion.

In den „Times" veröffentlicht Lord Phillimore, eines der bekanntesten Mitglieder des britischen Oberhauses und Sprecher weiter kirchlicher Kreise Englands, folgende Erklärung zum Völkerbundseintritt der Sowjetunion:

„Während eines kürzlichen Besuches der Schweiz erkannte ich deutlich, mit welcher Entschiedenheit das Schweizervolk den Vorschlag, daß die Sowjetunion bedingungslos in den Völkerbund aufgenommen werden und ihr gleicherweise ein ständiger Ratssitz eingeräumt werden sollte, ablehnt. Ungeachtet seiner traditionellen Gastfreundschaft gegenüber Völkern aller Rassen und Religionen ist die Schweiz der Ansicht, daß die Errichtung einer offiziellen russischen Vertretung in der Praxis ein Zentrum aktiver kommunistischer Propaganda in ihrem Lande bedeuten würde. Doch ganz unabhängig hiervon empfindet die Schweiz, der man die Ehre erwiesen hatte, Sitz des Völkerbundes zu sein, einen unüberwindlichen moralischen Widerstand gegen diesen Bruch aller moralischen Prinzipien, die die eigentliche Basis und den eigentlichen Zweck des Völkerbundes darstellen. Keine einzige Nation kann mehr im Zweifel über die Antwort sein, die erfolgen würde, falls man die Sowjetregierung einer Prüfung auf Grund von Art. 23 des Paktes und der Minoritätenschutzgesetze unterziehen wollte. Vor kaum einem Monat machte der Erzbischof von Canterbury im Oberhaus die Feststellung, daß die Zustände, die die Sowjetregierung in Rußland geschaffen hat, hauptsächlich dafür verantwortlich sind, daß dort im letzten Jahre wenigstens 3 Millionen Menschen an Hunger gestorben sind. Im übrigen wird man sich daran erinnern, daß eine Großmacht wie Deutschland sich ebenfalls einer Prüfung unterziehen mußte, bevor es in den Völkerbund aufgenommen wurde. In Anbetracht all dieser Tatsachen ist es nur schwer ersichtlich, auf Grund welcher Motive ein so mit Recht allgemein geachteter politischer Führer wie Lord Cecil für den Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund plädiert. In der Rede, die er am vorigen Freitag vor der Völkerbundunion hielt, gab er der Hoffnung Ausdruck, daß die Sowjetregierung geneigt sein wird, sich mit anderen Regierungen zu beraten, was zur Festigung des Friedens in der Welt getan werden könnte. Diese Motive, von denen Lord Cecil sich leiten läßt, sind ohne Zweifel von hoher Art. Doch er scheint zu vergessen, daß trotz alledem die Sowjetmacht sich ein für allemal auf eine Politik der Entfachung der Weltrevolution festgelegt hat. Und sind nicht, noch bevor sie dem Völkerbund beigetreten ist, ihre Agenten in diesem Sinne überall am Werke?"

Phillimore.

Kleine Entente.

Der rumänische Ministerpräsident Titulescu hat den ständigen Rat der Kleinen Entente auf heute einberufen. Diese Tagung erhält im Rahmen der Genfer Verhandlungen, die nicht zuletzt Oesterreich und die Konsolidierung des Donauraumes — man spricht ja schon von umfassenden Donaupaktplänen — betreffen, erhöhte Bedeutung.

Lamoureux' Pläne.

Handelsminister Lamoureux, Mitglied der französischen Delegation in Genf, der vorübergehend nach Paris zurückgekehrt ist, ließ, wie das „Journal des Nations" meldet, in Genf wissen, er werde der zweiten Kommission der Völkerbundsversammlung einen Plan zur Normalisierung des internationalen Handels unterbreiten, der auf einem Kompensationssystem für Devisen beruhen würde, welche die wirtschaftlich Stärkeren den Schwächeren zur Verfügung stellen könnten. In diesem Plan wäre ein Abkommen der Zentralnotenbanken zur Schaffung eines internationalen Amtes vorgesehen.

Ein bemerkenswerter Zwischenfall.

O. Genf, 12. Sept. (Privattel.) Zu allgemeiner Verblüffung entstand heute in der sechsten Kommission ein Zwischenfall, der gar keinen Zusammenhang mit dem Traktandum der Sitzung hatte. Der polnische Vertreter sprach davon, daß es Staaten gebe, die die elementarsten Gesetze der Menschlichkeit zu verletzen pflegen, und zwar Staaten, die bereits Mitglied des Völkerbundes seien und solche, die sich zum Eintritt anschickten.

Das zeige, daß der Völkerbund mehr auf die Qualität als auf die Quantität seiner Mitglieder schauen sollte. Dieses polnische Votum charakterisiert sich als deutlicher Angriff gegen Sow-